



HESSISCHER LANDTAG

17. 10. 2023

HAA

Antrag

Fraktion der Freien Demokraten

In voller Solidarität an der Seite Israels: Terror bekämpfen – jüdisches Leben schützen

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag ist schockiert und zutiefst erschüttert über die Gräueltaten, die die Terrororganisation Hamas an Jüdinnen und Juden in Israel verübt hat und steht fest und in voller Solidarität an der Seite seines Partners Israel. Der Landtag verurteilt die feigen Terrorangriffe der Hamas-Terroristen gegen Israel auf das Schärfste. Deutschland und Hessen sind dem Schutz der Sicherheit Israels verpflichtet. Die Sicherheit Israels ist Teil deutscher Staatsräson.
2. Die Schuld für die aktuelle Eskalation trägt alleine die Hamas. Jegliche Rechtfertigung ihrer Terrorangriffe hat in unserem Land keinen Platz. Eine Verhöhnung der Opfer, die Verbreitung von Propagandamitteln von Terrororganisationen oder das Verbrennen von Israelflaggen werden auf unseren Straßen nicht geduldet; der Rechtsstaat wird hierauf mit voller Härte antworten.
3. Der Landtag spricht sich dafür aus, alle aufenthaltsrechtlichen Möglichkeiten auszuschöpfen, um Straftäter, insbesondere die Unterstützer der Hamas und weiterer Terrororganisationen, zügig abzuschieben, wenn sie keinen deutschen Pass haben. Alle nachrichtendienstlichen und polizeilichen Mittel müssen genutzt werden, um gegen Unterstützer und Sympathisanten der Hamas vorzugehen. Der Landtag begrüßt, dass Antisemitismus bei der geplanten Reform des Staatsbürgerschaftsrechts als Ausschlussgrund verankert werden soll.
4. Der Landtag spricht sich weiterhin dafür aus, dass Demonstrationen verhindert werden sollen, wenn nach erkennbaren Umständen die öffentliche Sicherheit bei Durchführung der Versammlung unmittelbar gefährdet ist und Beschränkungen nicht ausreichen. Darüber hinaus müssen die neuerlichen Ausschreitungen eine Mahnung dafür sein, dass die Sicherheitsbehörden insgesamt noch stärker sensibilisiert werden und die taktische Einschätzung, insbesondere im Kontext von Demonstrationen, verbessert wird. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, unter Ausschöpfung aller rechtsstaatlichen Mittel Verbote sämtlicher Organisationen zu prüfen, die Terroraktionen direkt oder indirekt unterstützen. Darüber hinaus fordert der Landtag, dass Kooperationen mit sowie Finanzierung des Landes von Organisationen, die das Existenzrecht Israels infrage stellen, die aktuellen Terroraktionen der Hamas relativieren oder gar zu rechtfertigen versuchen, überprüft und ausgesetzt werden.
5. Der Landtag stellt fest, dass sich Hass und Hetze gegen jüdische Bürgerinnen und Bürger hierzulande richten und dass das jüdische Leben in Hessen in Zeiten wie diesen umso mehr geschützt und gesichert werden muss. Der Landtag fordert die Landesregierung daher auf, Schutzmaßnahmen vor Synagogen und jüdischen Einrichtungen sowie Einrichtungen mit Bezug zum Judentum in Hessen fortlaufend zu überprüfen, mit den Verantwortlichen in engem Kontakt zu bleiben und Schutzmaßnahmen bei Bedarf anzupassen. Dies gilt insbesondere auch für jüdische Bildungseinrichtungen: Jüdische Kinder müssen in Hessen sicher und geschützt lernen können. Darüber hinaus müssen auch jüdische Sportvereine sowie Sportlerinnen und Sportler intensiv geschützt werden. Entscheidend ist auch hier eine enge Vernetzung aller mit Sicherheitsfragen befassten Akteure.

6. Der Landtag unterstützt die Umsetzung einer Null-Toleranz-Strategie auf hessischen Schulhöfen. Antisemitismus darf an unseren Schulen keinen Platz haben. Der Landtag fordert die Landesregierung vor diesem Hintergrund auf, angesichts der neuerlichen Angriffe gegen Israel und der Ausschreitungen auf unseren Straßen einen Gipfel aller relevanten Akteure zur Bekämpfung von Antisemitismus im Kontext Schule einzuberufen und in diesem Rahmen erarbeitete Maßnahmen schnellstmöglich umzusetzen. Mittelfristig fordert der Landtag die Landesregierung zudem auf, zu prüfen, wie Meldestrukturen für antisemitische Vorfälle im Kontext Schule verbessert, Fortbildungen für pädagogisches Personal gerade auch mit Blick auf die Geschichte Israels und des Nahostkonflikts weiter verstärkt und Kooperationen mit außerschulischen Bildungsträgern ausgebaut werden können.
7. Für den Landtag ist klar: Wer Terror verteidigt, kann nicht Teil unserer demokratischen Gesellschaft sein. Der Landtag fordert die Landesregierung daher auf, schnellstmöglich eine Sondersitzung des Dialogforums Islam Hessen einzuberufen. Darüber hinaus fordert der Landtag einen Gipfel, zu dem alle muslimischen Institutionen, Verbände und Vereine sowie Vertreterinnen und Vertreter der Landtagsfraktionen eingeladen werden. Im Rahmen der Sondersitzung sowie des Gipfels muss gemeinsam und unmissverständlich klargemacht werden, dass das Existenzrecht Israels geachtet wird und die Terroraktionen der Hamas gegen Israel durch nichts zu rechtfertigen sind. Politik und Zivilgesellschaft sind jetzt gemeinsam zum Handeln aufgerufen.

Begründung:

Erfolgt mündlich

Wiesbaden, 17. Oktober 2023

Der Fraktionsvorsitzende:
René Rock